

P R O T O K O L L
der 363. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 21. Oktober 2014
Zeit	19.00 – 20.40 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Martin Humm
Mitglieder	Aebersold Jürg, Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Bärtschi Markus, Brunner Joe, Corti Andrea, Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Gubler Matthias, Jordi Kevin, Kämpf Marcel, Kästli Marc, Kempf Stefan, Kneubühler Peter, Legler Bettina, Lüthi Adrian, Müller Frei Lisa, Pulver-Schober Beatrice, Raaflaub-Minnig Ruth, Racine Raphael, Reimers Markus, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Siegenthaler Muinde Gabriele, Sigrist Roman, Spycher Christian, Stettler Jürg, Thut Walter (ab 19.05 Uhr), Wegmüller Beat
Stimmzählende	Kämpf Marcel, Pulver-Schober Beatrice
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident, Gubler-Geelhaar Patricia, Häusermann Martin, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Rutschi Reto, Finanzverwalter (Traktanden 2 + 3) Mävers Sebastian, Leiter Hochbau + Planung (Traktanden 4 + 6)
Entschuldigt abwesend	GGR: Brügger Yong, Burkhard Fabian, Damke Andreas, Friedli Rolf, Fitze Wehrle Barbara, Grubwinkler Christa, Mallepell Elisabeth, Marti Beat, Ritschard Daniel GR: Pedinelli Stotz Daniela
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte 10

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 19. August 2014	295
2	Investitions- und Finanzplan 2014 - 2019 Genehmigung des Voranschlags, des Gemeindesteueransatzes, der Liegenschaftssteuer und der Feuerwehrpflichtersatzabgabe für das Jahr 2015	296
3	Wahl des Rechnungsprüfungsorgans für 2014	304
4	Objektkredit "Strategische Ortsplanung"	304
5	Sitzungstermine 2015	308
6	Postulat Häusermann (forum) betr. Realisierungsgrad der budgetierten Investitionen	309
7	Interpellation Wegmüller (SP) betr. Verunstaltung (Sprayereien) in der Unterführung Melchenbühl	309
8	Interpellation Fraktion FDP.Die Liberalen/Jungfreisinn: Vereinbarkeit des Amtes eines Gemeinderats mit demjenigen eines Parteipräsidenten	310
9	Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	313
10	Neue parlamentarische Vorstösse	313

Der Vorsitzende eröffnet die 363. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 31 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die nicht sehr zahlreichen Zuhörer im Saal. Speziell begrüssen möchte er Finanzverwalter Reto Rutschi als Nachfolger von Beat Schmid. Ebenfalls begrüsse er Sebastian Mävers, Leiter Hochbau + Planung.

Der Rat werde sich heute während einem Teil des Abends mit Finanzen und der Finanzplanung befassen, was ihn bewogen habe, nach einer biblischen Weisheit zum Thema Finanzplanung zu suchen. Er sei tatsächlich fündig geworden in Sprüche 21 Vers 5: "Was der Fleissige plant, bringt ihm Gewinn; wer aber allzu schnell etwas erreichen will, hat nur Verlust".

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Protokoll der Sitzung vom 19. August 2014

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 **Investitions- und Finanzplan 2014 - 2019** **Genehmigung des Voranschlags, des Gemeindesteueransatzes, der Liegen-** **schaftssteuer und der Feuerwehrpflichtersatzabgabe für das Jahr 2015**

Der Vorsitzende ersucht zu Beginn dieses Traktandums Herrn Reto Rutschi, sich dem Rat kurz persönlich vorzustellen.

Reto Rutschi, Finanzverwalter, führt aus, er freue sich, dem Rat seine Person kurz vorstellen zu dürfen; er denke, man werde in nächster Zeit das eine oder andere Mal miteinander zu tun haben, insbesondere in diesem Saal. Er sei verheiratet, habe zwei Kinder und sei wohnhaft in Oberdiessbach. Sein beruflicher Werdegang sehe wie folgt aus: Nach einer KV-Lehre und einer gewissen Zeit im Militärdienst sei er ins Gemeindebusiness – Gemeindefinanzbusiness – eingestiegen. Er sei während 8 Jahren Finanzverwalter in einer kleineren Gemeinde mit 1'500 Einwohnern gewesen. Aufgrund des Wunsches nach einem Tapetenwechsel habe er zum Kanton gewechselt, wo er als stellvertretender Bereichsleiter Gemeindefinanzen in der Abteilung Gemeinden des Amtes für Gemeinden und Raumordnung tätig gewesen sei. Nach einer eher kurzen Zeit habe er nochmals einen Wechsel vollzogen und sei vor rund 13 Jahren zur ROD Treuhand gegangen. Diese Treuhandfirma stehe voll im Besitz des Schweizerischen Gemeindeverbandes. Er sei dort Mandatsleiter Revision und Mitglied der Geschäftsleitung gewesen. Als Mandatsleiter Revision habe er u.a. auch die Einwohnergemeinde Muri betreut. Was nun auf ihn zugekommen sei, sei ihm also nicht ganz fremd gewesen. Nach 13 Jahren beim ROD habe er diesen Sommer als Finanzverwalter zur Gemeinde Muri gewechselt. Er sei sehr gut aufgenommen worden, habe ein gutes Team und hoffe, dass er auch mit den Parlamentsmitgliedern jeweils den "Rank finden" werde und man gemeinsam die Finanzen im Lot behalten könne.

Christian Spycher führt als GPK-Sprecher aus, die GPK habe an ihrer Sitzung den Investitionsplan und den Finanzplan 2014-2019 als detaillierte und ausführliche Unterlagen – erstellt unter dem neuen Finanzverwalter Reto Rutschi – zur Kenntnis genommen. Die Kennzahlen in der Botschaft seien aufgrund der letztes Jahr durchgeführten Informationsveranstaltung besser lesbar und in der Aussagekraft erkenne man die ersten Verbesserungsschritte. Die Verschuldung werde in den nächsten Jahren von CHF 35 Mio. auf CHF 44 Mio. heranwachsen. Der Selbstfinanzierungsanteil erhöhe sich von aktuell 4,1 % auf 8,3 % und sei damit immer noch als ungenügend zu taxieren. Der Zinsbelastungsanteil von ca. -1,5 % werde auf unter -1,2 % fallen. Die GPK sei zu folgender Schlussfolgerung gelangt: Sie attestiere dem Gemeinderat, alle finanztechnischen Möglichkeiten angewandt zu haben und einen sorgfältigen Umgang mit den immer knapper werdenden finanziellen Ressourcen zu pflegen. Dies alles unter Einhaltung der finanzpolitischen Eckwerte der Gemeinde, nämlich dass das Eigenkapital nicht unter 3 Steuerzehntel sinken und die Verschuldung die CHF 50 Mio.-Grenze nicht überschreiten sollten und die Gemeinde keine höheren Steuern als nötig erhebe. In der Sache des gestarteten Projekts Aufgaben- und Strukturüberprüfung (ASP 2015+) erwarte die GPK im Jahr 2015 klarere Aussagen zum Budget 2016 und akzeptiere, dass heute noch fast keine Zahlen zu möglichen Einsparungen vorliegen würden. Die GPK empfehle dem Parlament einstimmig, den gemeinderätlichen Anträgen zu folgen.

Thomas Hanke erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, der Gemeinderat lege ein Budget vor mit einem Aufwand und Ertrag von annähernd CHF 70 Mio. bzw. einem Aufwandüberschuss von CHF 787'600.00; dies bei einer gleich bleibenden Steueranlage von 1,2. Als der Gemeinderat in die Budgetierung eingestiegen sei, sei für ihn klar gewesen, dass er die Attraktivität als eine der steuergünstigsten Standorte im Kanton Bern wenn immer möglich wahren wolle. Dies sei ihm gelungen. Auch andere

Gemeinden im Grossraum Bern würden mit Defiziten kämpfen: Wohlen mit CHF 1,07 Mio., Zollikofen mit CHF 1,2 Mio. – trotz der Aussicht auf mehr Steuereinnahmen dank Steuererhöhung –, Ittigen ebenfalls über CHF 1 Mio., Köniz mit CHF 1,8 Mio., trotz geplanter Steuererhöhung. Münsingen habe ein ausgeglichenes Budget; wenn man dieses aber genauer konsultiere, stelle man fest, dass nur dank der Realisierung von Buchgewinnen ein Defizit überbrückt werden könne. Der Gemeinderat habe die Budgetierung nach den Grundsätzen Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Weitsichtigkeit vorgenommen. Damit habe eine restriktive Bewirtschaftung des Sachaufwandes erreicht werden können. Trotz allem habe man am Anfang des Budgetprozesses definiert, die einschränkenden Sparmassnahmen, die man für dieses Jahr als wenn immer möglich einmalig festgelegt habe, auch einmalig sein zu lassen. Man habe sie ansatzweise rückgängig gemacht oder sogar in vielen Bereichen wieder auf das alte Niveau zurückgebracht. Es sei ein vertretbarer Voranschlag bei gleich bleibender Steueranlage erreicht worden. Dies auch dank einem guten Budgetprozess, unter Einbezug der Mitglieder der Finanzkommission bereits in der Budgetierungsphase, und nicht erst, nachdem ein erster Rohentwurf des Budgets vorgelegen habe. Die einzelnen Ressortvertreter der Finanzkommission hätten gewusst, wo "Spatzungen" vorhanden seien, wie man die Sachen betrachten und zu einem Ziel gelangen könne. Man könne ganz klar sagen, dass ein worst-case-Budget vorliege. Die Zahlen, welche darin ausgewiesen würden, könnten erreicht werden. Als das Parlament den Kredit für den Doppelkindergarten Melchenbühl bewilligt habe, sei klar gewesen, dass der "Brüggliweg" veräussert werde. Der Gemeinderat habe die Veräusserung in Auftrag gegeben. Dieser Gewinn sei, da einmalig, im Budget nicht enthalten. Würden dort aber die angestrebten Gewinnmargen erreicht, so hätte man nächstes Jahr gestützt auf diese Zahlen bereits wieder ein ausgeglichenes Budget. Es seien noch andere Immobiliengeschäfte hängig, die man realisieren wolle. Mit diesen Massnahmen würde ein Ertragsüberschuss vorliegen. Man befinde sich auch immer noch in einem nicht abgeschlossenen Steuerprozess. Inzwischen seien 6 Juristen seitens der Steuerverwaltung, der beteiligten Firma sowie der Gemeinde bezüglich einer Konsenslösung tätig. Jeder bereits abgelieferte Franken, der in dieser Sache allenfalls zurückflüsse, bedeute eine Besserstellung entweder der laufenden Rechnung – er glaube zwar nicht, dass die Lösung noch in diesem Jahr zustande komme – oder der Budgetzahlen im nächsten Jahr. Man könne sagen, es sei vorsichtig budgetiert worden. Betreffend aufgelisteter ASP-Massnahmen: Teilweise müssten Beschlüsse noch vom Gemeinderat sanktioniert werden und ausserdem sei fraglich, ob gewisse Entscheide wirklich ASP-relevant seien oder nicht. Bei der Kornhausbibliothek liege eine Einsparung von CHF 35'000.00 vor – was in den ASP-Massnahmen enthalten sei – und bei der Schule eine solche von CHF 20'000.00. Zusammen mit anderen Beträgen gelange man in etwa zu einer Grössenordnung von CHF 100'000.00 bis CHF 140'000.00, die ins Budget unter dem Titel ASP eingeflossen sei. Alle anderen angedachten Beträge seien noch nicht berücksichtigt. Jeder aus der ASP heraus generierte Minderaufwand oder Mehrertrag werde sich positiv auf die Rechnung auswirken.

Zum Investitionsplan: Dieser sehe für die Jahre 2014 bis 2019 Nettoinvestitionen von CHF 49,5 Mio. vor, was einem jährlichen Durchschnitt von rund CHF 8,25 Mio. entspreche. Dem Parlament sei letztes Jahr kommuniziert worden, man wolle pro Jahr Investitionen in diesem Umfang realisieren. Den Unterlagen sei zu entnehmen, dass das höchste jährliche Investitionsvolumen mit CHF 11,7 Mio. in diesem Jahr anfalle; dies beruhe auf mehrheitlich bereits beschlossenen Krediten. Nächstes Jahr werde etwas ausgeglichen und danach probiere man wieder, die CHF 8,25 Mio. zu halten.

Zum Finanzplan: In den Jahren 2016 und 2017 werde eine Verbesserung der Rechnungsergebnisse erwartet und ab 2018 wieder Ertragsüberschüsse. Es gelte zu bedenken, dass der Finanzplan eine Momentaufnahme darstelle; in einem Bereich sei er ungenügend, da die vom Gemeinderat im Leitbild definierten Eckwerte

vorübergehend nicht eingehalten würden. Es sei aber eine klare Absicht des Gemeinderats, die Steueranlage von 1,2 zu halten, weil die Attraktivität der Gemeinde stark davon abhängt.

Es werde ein ungenügender Selbstfinanzierungsanteil ausgewiesen. Dazu habe er zwei Bemerkungen anzubringen:

- Nur der Mehrjahresschnitt sei aussagekräftig.
- Zu beachten gelte, dass der Kanton definiere, ab wann man ungenügend sei. Mindestens 50 % aller bernischer Gemeinden würden einen ungenügenden Selbstfinanzierungsanteil deklarieren.

In den Jahren 2015 bis 2017 würden wir genügende und ab 2018 gute Selbstfinanzierungsgrade ausweisen. Dies sei abhängig vom realisierten Investitionsgrad.

Zur Frage, wie es im laufenden Jahr aussehe: Im Moment komme man bei den Steuern annähernd zu einer Punktlandung. Es gebe aber immer noch offene Veranlagungen. Die Erfahrungen der letzten Jahre würden zeigen, dass die Veranlagungen am Jahresende eher noch eine Tendenz nach oben, also einen Mehrertrag gegenüber den prognostizierten Einnahmen, aufweisen würden. Was man aber wegen der "Steuerübung" – den CHF 2,4 Mio., die wir hätten abliefern müssen – schon wisse, sei, dass der Filag-Betrag anstatt der im Budget vorgesehenen CHF 12,8 Mio. nur CHF 12,1 Mio. betrage. Die Rechnung werde also in diesem Punkt sicher um CHF 700'000.00 besser abschliessen.

Der Gemeinderat danke allen, die sich im Sinn der Sache im Budgetprozess aktiv eingebracht hätten und ersuche das Parlament um Zustimmung zu den gestellten Anträgen.

Der Vorsitzende erklärt, gemäss den kantonalen Vorschriften müsse der Voranschlag durch das Parlament zwingend beraten werden. Aus diesem Grund werde die Eintretensfrage nicht gestellt. Zur Beratung schlage er folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen zum Gesamtpaket, Detailberatung in folgender Reihenfolge: Investitionsplan kapitelweise, Finanzplan, Voranschlag 2015 kapitelweise, Zusammenstellung der wesentlichen, nicht gebundenen Ausgaben.

Es werden keine Einwände gegen dieses Vorgehen erhoben.

Fraktionserklärungen:

Gabriele Siegenthaler Muinde führt aus, die forum-Fraktion habe die Finanzunterlagen zur Kenntnis genommen und wolle der Verwaltung ein Kränzlein winden für die soliden und übersichtlichen Unterlagen; zweifellos sei es nicht einfach, derartige Dokumente zusammenzustellen. Auch die Gemeindefinanzen würden erstaunlich positiv aussehen, was sehr erfreulich sei. Der einzige Makel sei der Selbstfinanzierungsgrad; dies sei schon erwähnt worden. Das forum stimme mit dem Gemeinderat überein, dass man sicher zuwarten und schauen könne, wie sich die Situation entwickle, insbesondere da die Prognose für die Jahre 2018 und 2019 in eine positive Richtung zeige. Sollte sich diese allerdings nicht bewahrheiten, müsste man über diesen Punkt nochmals diskutieren. Die Risiken für unsere Finanzen würden vor allem auf der Ertragsseite liegen. Das forum nehme positiv davon Kenntnis, dass die ausserordentlichen Erträge – wie z.B. aus Liegenschaftsverkäufen – im vorliegenden Voranschlag nicht berücksichtigt seien. Es wäre allenfalls in Zukunft nützlich, wenn man Prognoseannahmen etwas substantiieren würde (von wo sie resultierten). Dem forum sei aufgefallen, dass im Anhang 3 das Schützenhaus, welches im Investitionsplan auftauche, bei den wesentlichen, nicht gebundenen Ausgaben nicht aufgeführt sei. Sie frage sich, ob dies richtig sei oder allenfalls korrigiert werden müsste. Zum Investitionsplan gebe es nur etwas zu sagen, nämlich dass es aus Sicht des forums

wichtig sei, dass die Investitionen auch tatsächlich durchgeführt würden. Dies werde heute Abend noch ein separates Thema sein. Die forum-Fraktion werde sich bei der Detailberatung im Sinn der Prozessbeschleunigung zurückhalten; sie sei mit den Anträgen des Gemeinderats einverstanden und werde diese unterstützen.

Beat Schmitter erklärt, die FDP/jf-Fraktion habe die Anträge des Gemeinderats zum Investitions- und Finanzplan sowie zum Voranschlag eingehend geprüft und diskutiert. Es sei so wie in vielen anderen Gemeinden: Ein Voranschlag mit roten Zahlen sei immer unerfreulich. Vor allem auch, wenn davon auszugehen sei, dass ein vom Gemeinderat gegebener Richtwert – Eigenkapital – nicht eingehalten werden könne. Wir hätten seit einiger Zeit, zumindest seit letztem Jahr, gewusst, dass die Jahre 2014 und 2015 in finanzieller Hinsicht schwierig sein würden und dass es nachher – hoffentlich, wenn die Wirtschaft mitspielt – besser werden sollte. Dass das Resultat der gestarteten Aufgaben- und Strukturüberprüfung sowie Buchgewinne, die allenfalls anfallen würden, nicht ins Budget aufgenommen worden seien, erachte die FDP-Fraktion als sehr gut. Die Indianer hätten gesagt, man solle das Fell des Bären nicht verkaufen, bevor man den Bären gejagt habe. Man hoffe aber, dass man mit derartigen Einnahmen wieder zu einer Eigenkapitaldeckung gelange, die den Vorgaben entspreche; dies möglichst schneller, als in den Plänen vorgegeben. Die Fraktion danke dem Gemeinderat und insbesondere der Verwaltung für die sehr professionelle Arbeit; es stecke sehr viel und sehr schwierige Arbeit dahinter. Die FDP/jf-Fraktion stimme den Anträgen des Gemeinderats einstimmig zu.

Lisa Müller führt aus, die SP-Fraktion schliesse sich dem Dank der Vorrednerin und des Vorredners an. Auch die SP habe mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen, dass die Unterlagen gut aufbereitet und nachvollziehbar dargestellt worden seien. Sie bedanke sich insbesondere auch für die Offenlegung der Annahmen, die für die Prognosen benutzt worden seien, sofern sie vorhanden gewesen seien. Die Fraktion habe zur Kenntnis genommen, dass die letztjährigen Sparübungen – wie damals versprochen – nicht einfach 1:1 übernommen worden seien. So seien beispielsweise der Jugendbatzen wieder erhöht und der Kredit für die 1. August-Feier wieder ausgewiesen worden. Die SP nehme weiter zur Kenntnis, dass der Gemeinderat einen äusserst optimistischen Blick aufsetze und eine Planung vorlege, die ab dem Jahr 2018 mit einer Überdeckung rechne. Eine Begründung für den Optimismus fehle jedoch bzw. sei vor dem Hintergrund nicht allzu optimistischer Konjunkturprognosen nicht wirklich nachvollziehbar. Die SP-Fraktion beurteile eine Verschuldung von CHF 44 Mio. und vor allem den tiefen Selbstfinanzierungsgrad – auf den auch sie nochmals Bezug nehme und der auch im Jahr 2019 noch unter dem Richtwert des Kantons liege –, nicht als rosige Aussicht. Dass viele der anderen Gemeinden ebenfalls darunter liegen würden, erachte sie nicht als Trost. Bei den Investitionen werde erneut mit einem Realisierungsgrad von 85 % geplant, obwohl die Rechnung der Vorjahre eine Realisierung von unter bzw. knapp über 50 % zeige. Eine tiefer realisierte Investitionstätigkeit schlage über tiefere Fremdkapitalzinsen und tiefere Abschreibungen auf die Rechnung durch. Es stelle sich die Frage, was hinter diesem Zweckoptimismus stecke, ob wohl ein "Puffer" versteckt sei? Oder anders gefragt, wie sichergestellt werde, dass der prognostizierte Realisierungsgrad in Zukunft derart stark verbessert werde? Die SP bedaure es, dass etwas konkretere Hinweise zu den ASP-Massnahmen fehlen würden. Die Liste im Anhang 1 enthalte Aussagen wie "geprüft / im Budget 15 berücksichtigt" und erlaube nicht zu erkennen, was konkret verändert werden solle. Zusammengefasst könne die SP-Fraktion den Optimismus des Gemeinderats nicht wirklich nachvollziehen. Es werde genau zu verfolgen sein, wohin sich die Rechnung entwickeln und wie es mit einer zukünftigen Unter- bzw. Überdeckung aussehe werde. Nichtsdestotrotz sei auch die SP-Fraktion der Meinung, dass das Verfahren des Budgetprozesses sinnvoll verlaufen sei und sie werde den Anträgen folgen.

Markus Bärtschi führt aus, die SVP-Fraktion nehme mit Befriedigung zur Kenntnis, dass der Gemeinderat im Anhang 1 zur Botschaft die angekündigte Aufgaben- und Strukturüberprüfung zum ersten Mal näher erkläre. Dies gehe aus Sicht der SVP in die richtige Richtung, auch wenn sich die Kennzahlen jetzt teilweise etwas besser darstellen würden, als auch schon. Der prognostizierte Anstieg des Kapitaldienstanteils – trotz der anhaltend rekordtiefen Zinsen – zeige aber mit aller Deutlichkeit auf, dass es nicht nur um die Überprüfung gehe, sondern dass man auch um das Ergreifen von Massnahmen nicht herumkommen werde. Bis zu dieser Erkenntnis werde in diesem Saal wahrscheinlich noch ein breiter Konsens herrschen, ab dann würden die Meinungen weit auseinander gehen. Der Ausgabenpolitik müsse dringend eine grosse Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es sei insbesondere frustrierend, dass trotz des anhaltenden Aufgabentransfers von der Gemeinde zum Kanton die entsprechenden Entlastungseffekte nicht im Stellenplan bzw. in der Rechnung anzukommen schienen. Vielleicht würden sie dies nicht von selber tun und müssten aus dem Busch getrommelt werden; in diesem Punkt werde sich die ASP direkt messen lassen können. Wenn in diesem Bereich nichts Zählbares herauskomme, sei dem ganzen Prozess nicht zu trauen. Die SVP-Fraktion werde sich gegebenenfalls bei einzelnen Punkten noch zu Wort melden, unterstütze aber grundsätzlich die Anträge des Gemeinderats.

Detailberatung Investitionsplan 2014 – 2019

Kapitel 0, Allgemeine Verwaltung, S. 2

Keine Bemerkungen

Kapitel 1, Öffentliche Sicherheit, S. 3

Keine Bemerkungen

Kapitel 2, Bildung, S. 4-6

Keine Bemerkungen

Kapitel 3, Kultur und Freizeit, S. 7 + 8

Keine Bemerkungen

Kapitel 4, Gesundheit / Kapitel 5, Soziale Wohlfahrt, S. 9 + 10

Keine Bemerkungen

Kapitel 6, Verkehr, S. 11-13

Keine Bemerkungen

Kapitel 7, Umwelt und Raumordnung, S. 14 + 15

Christian Spycher (SVP) führt aus, in den Jahren 2015 und 2016 sei der Neubau einer Abfallsammelstelle (720) eingestellt worden. Dafür brauche es sicher einen zonenkonformen Platz. Er möchte vom Gemeinderat mehr darüber erfahren. Auch stelle sich die Frage, ob es einen solchen Neubau überhaupt brauche. Je nach Information werde die SVP-Fraktion den Antrag auf eine Abänderung oder Streichung stellen.

Thomas Hanke erklärt zur Konzept- und Standortfrage, der Verwaltung seien die jährlich massiven Zunahmeraten bei der Abfallsammelstelle Bigler längst aufgefallen. Dies ergebe Handlungsbedarf. Im Zusammenhang mit der Einzonung im geringfügigen Verfahren habe man probiert, die Sammelstelle beispielsweise auf dem Baurechtsareal der Gemeinde zu führen. Man sei noch nicht fündig geworden und müsse deshalb weitere Standorte prüfen. Die Zunahmeraten würden zu Verkehrsfährungen führen, indem sich die Anlieferautos oftmals bis auf die Feldstrasse

stauen würden. Im Weiteren werde die Sammelstelle Egelsee der Stadt Bern geschlossen und viele Muriger würden zurzeit noch aufgrund anderer Öffnungszeiten oder auf dem Weg in die Stadt die dortige Sammelstelle aufsuchen. Zudem müsse man zur Kenntnis nehmen, dass die Kosten der Sammelstelle Bigler von ca. CHF 20'000.00 im Jahr 2008 auf CHF 42'000.00 im Jahr 2012 angestiegen seien und im Jahr 2015 könnten sich Kosten von ca. CHF 90'000.00 ergeben. Die Mietkosten der Sammelstelle bei Bigler würden für das Jahr 2015 von bisher CHF 12'000.00 auf neu CHF 27'800.00 ansteigen. Damit sei klar, dass auch finanziell zu überprüfen sei, ob es etwas bringe, wenn wir eine Sammelstelle mieten würden oder ob wir selber eine errichten sollten. Selber errichten bedeute nicht, selber betreiben; dies sei ein grosser Unterschied. Es werde auch nicht von einer Halle gesprochen, sondern von einer Sammelstelle. Wie diese dereinst aussehen werde, sei offen; eine Überdachung sei auch schon angedacht worden. Mit der eingestellten Million wolle man den Landerwerb sicherstellen. Bei einem Landbedarf von 1'250 bis 2'250 m² und einem Landpreis von CHF 400.00 bis CHF 800.00 pro m², ergebe sich bei einem Mittelwert von CHF 600.00 pro m² und einem mittleren Landbedarf diese Million für die Landfinanzierung. Der Investitionskredit von CHF 1 Mio. sei auf Seite 17 des Investitionsplans unter "zu Lasten Spezialfinanzierung Abfallentsorgung" wieder ausgebucht. Würde man vorne ein "p.m." aufnehmen, würde hinten diese Position wieder wegfallen und damit wären insgesamt die Zahlen des zu genehmigenden Investitionsplans wieder gleich. Die Abfallrechnung sei gebührenfinanziert, wie auch die Sammelstelle. Das "Abfallkapital" von CHF 1 Mio. sei also zweckgebunden und werde nur für den Abfall eingesetzt.

Die Umweltschutzkommission wie auch der Gemeinderat hätten gesehen, dass Ende dieses Jahres rund CHF 1 Mio. vorhanden sei. Man habe sich gefragt, ob man sofort eine Gebührenreduktion vornehmen oder noch ein Jahr zuwarten wolle, bis man klar wisse, wie die Abfallsammelstelle zukünftig aussehen werde. Beide Gremien hätten sich für einen Beschluss punkto Gebührensenkung im nächsten Jahr entschieden. Wenn man die Vergangenheit betrachte, zeige sich Folgendes: Die Abfallrechnung habe im Mittel mehrerer Jahre ausgeglichen zu sein; man rede von einem Zyklus von ca. 8 Jahren. Die Abfallrechnung 2001-2007 sei defizitär gewesen; 2007 sei kein Vermögen mehr vorhanden gewesen, worauf man eine Gebührenerhöhung vorgenommen habe. In den Jahren 2008-2011 sei man auf Kurs gewesen und die Gebühren hätten 2011 wieder auf CHF 80.00 pro Wohnung gesenkt werden können. Die Abfallrechnung sei 2012 noch positiv gewesen, aber im Jahr 2013 sei festgestellt worden, dass die Sammelstelle bei Bigler an Grenzen stosse und eine Erweiterung in Betracht gezogen werden müsse. Für diese Erweiterung sei die Million eingestellt. Das Parlament werde zum gegebenen Zeitpunkt über diesen Antrag entscheiden. Letztlich würden noch submissionsrechtliche Überlegungen bestehen. Es sei für den Gemeinderat im jetzigen Zeitpunkt etwas stossend, wenn mit einer definitiven Vergabe der Sammelstelle an Bigler sämtliche Submissionen tel quel ausgeschlossen würden. Man würde Bigler das Betreiben der Sammelstelle gönnen und wäre froh, wenn er dies weiterhin machen würde, aber man müsse auch die Konkurrenz etwas wirken lassen.

Christian Spycher (SVP) bedankt sich für die Ausführungen; mit dem Ausblick punkto Landerwerb und der Grössenordnung könne er leben. Die Frage stelle sich, ob man nicht jetzt die Gebühren anpassen und zu gegebener Zeit darauf zurückkommen könnte. Im Moment sei aber die Antwort des Gemeinderats ausreichend.

Kapitel 8, Volkswirtschaft / Kapitel 9, Finanzen und Steuern, S. 16

Matthias Gubler (FDP) erkundigt sich bezüglich Rahmenkredit BEakom (869), was der Inhalt dieses Kredits sei bzw. was damit finanziert werde.

Thomas Hanke erklärt, über diesen Rahmenkredit würden folgende Leistungen bzw. Arbeiten abgebucht:

- Kosten Energierichtplan. Der Richtplan sei in der Mitwirkung gewesen, die Vorprüfung sei erfolgt und er werde jetzt dann aufgelegt. Die Kosten des Energierichtplans müssten ab Mitwirkung über diesen Rahmenkredit abgebucht werden.
- Kosten GEAK's in diversen Schulanlagen.
- Kosten Studien zu Energieträgern für Überbauungen, Wärmeverbunde.
- Kosten Umsetzung der BEakom-Massnahmen.
- Kleinprojekte wie Öffentlichkeitsanlässe (Energithementag, wie im November einer im Mattenhof stattfindet), Energiekurse, Finanzierung des Solarkatasters, Energieunterricht an den Schulen.

Wenn man dies alles hochrechne, komme man pro Jahr auf CHF 100'000.00.

Zusammenfassung, S. 17

Keine Bemerkungen

Prioritätsstufen, S. 19

Keine Bemerkungen

Finanzplan 2014 – 2019

Keine Bemerkungen

Detailberatung Voranschlag 2015

Die Beratung des Voranschlags erfolgt kapitelweise nach der Funktionalen Gliederung.

Allgemeine Verwaltung, S. 2-4

Keine Bemerkungen

Öffentliche Sicherheit, S. 5-7

Keine Bemerkungen

Bildung, S. 8-10

Keine Bemerkungen

Kultur und Freizeit, S. 11-13

Keine Bemerkungen

Gesundheit, S. 14

Christian Spycher (SVP) führt betr. die CHF 70'000.00 beim Konto 490.365.15 *Fachstelle Gesundheitsförderung* aus, er habe sich diesbezüglich erkundigt und erfahren, dass der Kanton dies gestrichen und an die Gemeinden überwält habe. Es handle sich um einen recht hohen Betrag und er möchte wissen, ob es dazu ein Konzept gebe.

Martin Häusermann erklärt, es sei in der Tat so, dass die Finanzierung geändert habe, und zwar bereits auf das laufende Jahr. Dies sei hier nicht ersichtlich, es würden sich aber in der Rechnung 2014 bereits Kosten im Umfang von ca.

CHF 80'000.00 ergeben. Er habe das Parlament im Sommer über dieses Thema informiert. Es handle sich um eine Leistung der Fachstelle, die man an die Spitex ausgelagert habe. Wie er im Sommer ausgeführt habe, habe der Gemeinderat beschlossen, den ausgewerteten 3-jährigen Pilotversuch um weitere 2 Jahre zu verlängern. Im Moment sei die Situation so, dass man daran sei, den Leistungserbringer zu suchen. Ein Konzept liege vor, man wisse in etwa, welche Aufgaben man erbracht haben wolle. Er könne beispielsweise den Ferienpass nennen, der sicher allen bekannt sei. Es handle sich dabei um ein Produkt und eine Leistung, die aus dieser Gesundheitsförderung resultiere.

Soziale Wohlfahrt, S. 15-18

Keine Bemerkungen

Verkehr, S. 19 + 20

Keine Bemerkungen

Umwelt und Raumordnung, S. 21 + 22

Keine Bemerkungen

Volkswirtschaft, S. 23

Keine Bemerkungen

Finanzen und Steuern, S. 24-26

Keine Bemerkungen

Artengliederung, S. 27-29

Keine Bemerkungen

Produktgruppenbudget Feuerwehr AMG 2015

Keine Bemerkungen

Zusammenstellung der wesentlichen, nicht gebundenen Ausgaben

Thomas Hanke erklärt zur Bemerkung von Gabriele Siegenthaler Muinde, es sei richtig, dass das Schützenhaus auf diese Zusammenstellung gehören würde. Da die Liste aber Aufwände von CHF 10'000.00 und grösser umfasse, sei das Schützenhaus mit einem Aufwand von CHF 9'600.00 im nächsten Jahr nicht aufgeführt. Vom Grundsatz her gehöre das Schützenhaus also auf die Zusammenstellung, sei aber aufgrund der Ausgabenhöhe nicht enthalten. Er erlaube sich in diesem Zusammenhang noch den Hinweis, dass die Bundesfeier mit CHF 20'000.00 ebenfalls auf die Zusammenstellung gehören würde. Da sie letztes Jahr gestrichen worden sei, sei sie diesmal vergessen gegangen.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum) führt aus, die Ausgaben seien das eine, das andere seien die Investitionen. Im Investitionsplan sei ein beträchtlicher Betrag für das Schützenhaus enthalten.

Das Schlusswort wird weder von Christian Spycher noch von Thomas Hanke verlangt.

Beschluss (einstimmig [1 Enthaltung des Vorsitzenden])

1. Der Investitionsplan der Einwohnergemeinde für die Jahre 2014 - 2019 wird genehmigt
2. Vom Finanzplan 2014 - 2019 wird Kenntnis genommen.
3. Für generelle und individuelle Besoldungsanpassungen werden im Voranschlag 2015 insgesamt maximal 1,0 % zur Verfügung gestellt.
4. Der Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2015 wird mit folgenden Ansätzen genehmigt:
 - ordentliche Gemeindesteuer im 1.20-fachen Betrag der im Steuergesetz vorgesehenen Einheitsansätze;
 - Liegenschaftssteuer 0,7 ‰ des amtlichen Wertes;
 - Feuerwehrpflichtersatzabgabe 2 % des Kantonssteuerbetrags, mindestens CHF 100.00, maximal CHF 450.00.

Dieser Beschluss (Ziffer 4) unterliegt dem fakultativen Referendum.

3 Wahl des Rechnungsprüfungsorgans für 2014

Thomas Hanke verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig [1 Enthaltung des Vorsitzenden])

Als Rechnungsprüfungsorgan für die Jahresrechnung 2014 wird die Firma BDO AG, Bern, gewählt.

4 Objektkredit "Strategische Ortsplanung"

Beat Wegmüller führt als GPK-Sprecher aus, die GPK habe sich ausführlich mit der Vorlage beschäftigt und vor allem das Vorgehen betreffend Kredit und Strategieprozess angeschaut. Es sei klar, dass es nach zwei abgelehnten Ortsplanungen nicht einfach sei, erneut eine Ortsplanung in Angriff zu nehmen. Auch wenn der Handlungsspielraum nicht gross sei und wahrscheinlich keine grossen Würfe zu erwarten seien, sei es notwendig, die Ortsplanung erneut aufzugleisen. Deshalb müsse sich die neue Ortsplanung primär auf die Innenentwicklung, Nachverdichtung, Umstrukturierung und Qualitätssicherung konzentrieren. Sieben Planungsteams hätten sich am Auswahlverfahren beteiligt und die Jury habe die Metron Raumentwicklung AG ausgewählt. Der Vorteil sei, dass die Metron über ein breites, interdisziplinäres Team verfüge. Verschiedene Mitglieder dieses Planungsteams hätten schon in der Vergangenheit mit Projekten in der Gemeinde zu tun gehabt. Zum Vorgehenskonzept habe die GPK folgende Überlegungen angestellt: Der Terminplan, wie er in der Botschaft erwähnt sei, sei sicher ambitioniert. Die GPK habe vom Gemeindepräsidenten erfahren, dass die Phase 1, d.h. das räumliche Leitbild, in dieser Legislatur abgeschlossen werden solle. Es sei wünschenswert, dass verschiedene Foren durchgeführt würden. Die Bedeutung solcher Foren dürfe aber auch nicht überbewertet werden. Der Einbezug des Grossen Gemeinderats in den Prozess sei unbedingt notwendig, auch wenn man wisse, dass in der Vergangenheit das Volk anderer Meinung als das Parlament gewesen sei. Der Gemeinderat unterbreite einen Kredit von CHF 495'000.00 für die gesamte strategische Ortsplanung. In der Botschaft stehe, dass Art

und Umfang der zweiten und insbesondere der dritten Phase hochgradig von der ersten Phase abhängig seien. Thomas Hanke habe in der GPK erwähnt, dass nach der Kreditsprechung mit der Firma Metron vorläufig nur ein Vertrag über die erste Phase von CHF 200'000.00 abgeschlossen werde. Es sei klar, dass der Gemeinderat die erste Phase in eigener Kompetenz hätte auslösen können. Im Sinn der Gesamtbetrachtung sei es aber richtig, dass der Grosse Gemeinderat über die Gesamtkosten genau im Bild sei und diese auch bewillige. Der Rat habe dann immer noch die Möglichkeit, nach der ersten Phase die Notbremse zu ziehen. Die GPK beantrage dem Rat einstimmig, dem Kredit von CHF 495'000.00 zuzustimmen.

Thomas Hanke erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, Ausgangspunkt der heutigen Botschaft seien zwei abgelehnte Ortsplanungsrevisionen. Der Gemeinderat habe schon letztes Jahr erkannt, dass viele "Baustellen" mit dringendem Handlungsbedarf vorhanden seien; teilweise gehe es dabei auch um die Umsetzung kantonaler Vorgaben. Daher habe der Gemeinderat die Ortsplanungsstrategie 2013+ entwickelt, mit welcher jährliche Pakete einzeln zur Abstimmung gebracht würden. Es handle sich um eine Strategie der kleinen Schritte. Dem Parlament werde in der November-Sitzung das erste Paket zuhanden der Volksabstimmung vorgelegt. Dieses enthalte:

- Waldfeststellung
- Gefahrenkarte
- Schutzplan
- Gebäudetypologie

Die OPS 2013+ beschränke sich aber prioritär auf Arrondierungen, das Nachholen von Massnahmen sowie die Aktualisierung des Planwerks und orientiere sich damit am Erhalt des Status quo der Gemeinde. Auch bei diesen Aktivitäten sei man auf die Unterstützung eines Ortsplaners angewiesen; bei diesem Massnahmenpaket – wie schon bei der Ballsporthalle – werde auf die Ressourcen von Adrian Strauss zurückgegriffen. Eine wesentliche strategische Ausrichtung der Gemeinde sei damit aber nicht gemacht. Man könne über Wert und Unwert von Bevölkerungsforen diskutieren: 2004/2005 hätten Bevölkerungsforen stattgefunden, seither habe man diesbezüglich nichts mehr gemacht. Auch in der Ortsplanungsrevision 2012, welche abgelehnt worden sei, habe man sich noch auf die Ergebnisse der ursprünglichen Bevölkerungsforen abgestützt. Es sei wohl für alle einleuchtend, dass diese mittlerweile überholt seien. Für den Gemeinderat sei klar, dass man nun nicht eine dritte Gesamtvorlage ausarbeiten wolle, sondern es gelte, den komplexen Strategieprozess in Angriff zu nehmen. Für die strategische Ausrichtung bzw. Neuausrichtung der Gemeinde müsse ein Rahmen vorhanden sein, wie man die raumplanerische Weiterentwicklung sehe.

Die Raumplanung sei hier als Leitdisziplin anzusehen, welche weitergehende Fragen wie z.B. Bevölkerungsentwicklung, Demografie, Wirtschaftsstandort, Erwerbsstruktur, Verkehr und Schulraumplanung aufwerfe und deren Beantwortung vorbereite. Man dürfe zweifellos sagen, dass es sich dabei um integrale strategische und politische Fragestellungen handle. Es gelte, ein Leitbild und daraus folgend Richtpläne zu entwickeln. Für die inhaltliche Ausarbeitung und Weiterentwicklung dieser Unterlagen sei man auf externe Unterstützung angewiesen, die dabei auch eine qualifizierte Aussensicht einbringen könne.

Zum Thema Leitbild: Der Gemeinderat habe sein Leitbild zur Gemeinde erarbeitet und dem Rat zu Beginn dieses Jahres zusammen mit den Legislaturzielen zur Kenntnis gebracht. Dieses Leitbild sei nun in einem räumlichen Leitbild zu konkretisieren. Der Gemeinderat wolle seine Absichten dazu aber von Beginn an mit dem Parlament und der Bevölkerung "spiegeln", was auch der Grund für die heutige Botschaft sei. Dabei seien Begriffe wie "Boden gutmachen" und "Verdichtung nach innen" von Schlagworten in inhaltlich griffigen Instrumenten auszudeutschen.

Auch wenn sich die Beschlussfassung des GGR heute auf die Kreditsprechung beschränke, erlaube er sich einige Hinweise zur Evaluation des Planungsbüros: Sieben namhafte Büros hätten das Auswahlverfahren durchlaufen und in einem intensiven Prozess aufgezeigt, wie die Analyse der ortsplanerischen Situation und die Entwicklung stattfinden könnten. Das Büro, welches am meisten Unterstützung bieten könne, sei die Firma Metron. Deren Vorgehensvorschlag, den der Gemeinderat noch validieren müsse, sei in der vorliegenden Botschaft sehr ausführlich aufgelistet. Der rechtzeitige Einbezug der Bevölkerung in den Strategieprozess sei auch vor dem Hintergrund der kommenden Beschlussfassung im Parlament über die Initiative "grünBLEIBTgrün" wichtig. Diese wolle ja – neben anderen Ausführungen in der Begründung – dem Stimmvolk im Falle der Annahme eine Richtungswahl ermöglichen. Wenn das Parlament heute dem Kreditantrag zustimme, werde der Gemeinderat aber einzig die Phase 1 "Leitbild" mit einem Kostendach von CHF 200'000.00 auslösen, d.h., er werde mit der Firma Metron einen SIA-Vertrag für diese Phase abschliessen. Weitere Aufträge seien zurzeit keine in Aussicht gestellt. Wie Beat Wegmüller als GPK-Sprecher schon ausgeführt habe, hätte der Gemeinderat diesen Schritt in eigener Finanzkompetenz beschliessen können. Dies wolle er aber nicht; einerseits lebe er dem Credo von Transparenz und starkem Einbezug des Parlaments in diesem Punkt nach. Andererseits bestehe finanzrechtlich die Forderung nach Wahrung der Einheit der Materie, da letztlich die Phasen 1, 2 und 3 in einem Ortsplanungsprozess als Ganzes betrachtet würden. Wie gesagt werde zurzeit die Phase 1 ausgelöst. Dabei werde das Büro Metron assistieren, unterstützen, mit dem Gemeinderat den Strategieprozess festigen, Arbeiten vorbereiten und Betroffene einbeziehen; dies im Umfang von maximal CHF 200'000.00.

Zeitlich sei vorgesehen, den notwendigen Strategieprozess noch im Dezember 2014 im Gemeinderat zu verabschieden und die Forumsveranstaltungen im April 2015 durchzuführen. Dies habe auch den Vorteil, dass bei der Beschlussfassung des Parlaments über die Initiative "grünBLEIBTgrün" im Juni 2015 ein breites Spektrum von Eingaben bereits analysiert werden können und in die Entscheidungsfindung einfließen könne. Das Ziel sei, dass bis 2016 das "Räumliche Leitbild Muri" vorliege und wir – er betone wir – die weiteren Schritte in unserem Prozess beschliessen könnten. Für den Gemeinderat sei klar, dass das Parlament stark mitreden solle, auch wenn es um Richtpläne gehe, die letztlich "nur" behördenverbindlich seien.

Gleichzeitig sei es dem Gemeinderat auch ein Anliegen, dass dieser Strategieprozess kommunikativ viel stärker und präsenter begleitet werde. So werde im Falle der Zustimmung des Parlaments schon diese Woche eine erste Pressemitteilung gestartet nach dem Motto: "Steter Tropfen höhlt den Stein". Vielleicht könne man dieses Bild auch einmal ändern und fragen: "Steter Tropfen nährt das Pflänzlein?". Die Jury habe übrigens bei ihrer Entscheidungsfindung dem Themenkreis Kommunikation ein gehöriges Gewicht beigemessen. Er danke den Ratsmitgliedern für die Unterstützung des gemeinderätlichen Antrags.

Eintreten wird nicht bestritten.

Jsabell Gossweiler führt aus: Ein Schritt in die richtige Richtung! Die FDP/jf-Fraktion sei der Meinung, es sei an der Zeit, nach vorne und nicht immer zurück zu schauen. Es habe diverse Kreise gegeben, die aus ganz unterschiedlichen, manchmal nicht ganz nachvollziehbaren Gründen die letzte Ortsplanungsrevision an der Urne zurückgewiesen hätten. Nach der letzten Abstimmung habe der Gemeinderat genau analysiert und seine Aufgaben gemacht. Jetzt liege ein Papier mit einem gut durchdachten Vorgehenskonzept in drei Phasen vor. Sie verzichte auf die Wiedergabe der drei einzelnen Schritte; die Ratsmitglieder hätten genügend Zeit gehabt, das sehr gut verständliche Papier zu studieren. Wie in der Botschaft beschrieben sei, handle es sich um eine Strategie der kleinen Schritte. Dies ermögliche es, bei Bedarf Schritt für

Schritt noch Korrekturen einzubringen. Es habe Stimmen gegeben, die das Gefühl gehabt hätten, dieser Kredit sei zu hoch. Die FDP/jf-Fraktion sei aber überzeugt, dass man mit der Bewilligung dieses Objektkredits den Schritt in die richtige Richtung starte. Mit der Umsetzung des Konzepts würden wir die planerische Strategie für unsere Gemeinde festlegen; dies erscheine ihr sehr eminent. Damit werde nämlich das Risiko vermieden, die planerische Gestaltung an den Kanton abgeben zu müssen und plötzlich vor vollendete Tatsachen – sprich übergeordnetes Recht – gestellt zu werden. Dies sei ein mögliches Szenario, wie in letzter Zeit der Presse zu entnehmen gewesen sei. Aus diesem Grund stimme die FDP/jf-Fraktion diesem Beschluss einstimmig zu.

Walter Thut führt namens der forum-Fraktion aus, der Gemeinderat habe die Notwendigkeit erkannt, dass eine künftige erfolgreiche Ortsplanungsrevision nur noch mit bester Arbeit durchgeführt werden könne. Deshalb anerkenne das forum das differenzierte Vorgehen unter Einbezug von Fachleuten. Das Planungsbüro, mit welchem gearbeitet werden solle, werde gelobt. Man nehme an, dass es gute Gründe dafür gebe. Immerhin habe Metron schon 2009 für die Gemeinde und zu Sachfragen, die die Gemeinde betroffen hätten, gearbeitet. Und auch in jüngster Zeit sei Metron wieder für die Gemeinde tätig. Die forum-Fraktion vermisse in der Vorlage aber die Vorarbeiten strategischer Art. Vielleicht seien sie ja gemacht worden, zum Teil sei dies heute hier im Saal etwas angeklungen; sie seien ihm nicht ganz plastisch vorgekommen. Die strategische Führung müsse unbedingt beim Gemeinderat liegen. Antworten auf Fragen – in welche Richtung sich die Gemeinde entwickeln solle, welche Visionen allenfalls angedacht werden sollten – müssten vom Gemeinderat kommen. Den Puls der Bevölkerung müsse der Gemeinderat einbringen und auch die politische Interpretation der beiden Abstimmungsniederlagen müsse der Gemeinderat leisten. Zudem seien die jüngsten politischen Vorstösse – Motion forum, Initiative "grünBLEIBTgrün" – zu berücksichtigen. Deshalb wünsche das forum unbedingt, dass nicht alles in die Hände eines Planungsbüros gelegt werde und es einen technischen Ablauf gebe, sondern dass der Gemeinderat führe; ansonsten sei der Erfolg wieder ungewiss. Die Suche nach einer Ortsplanung, die bei der Bevölkerung Zustimmung finden könne, sehe drei Phasen vor, koste relativ viel Geld und verspreche noch keinen Erfolg. Man habe heute Abend auch schon vom Kommunikationskonzept gesprochen und bei Metron sei zu lesen, was diese Firma für Instrumente und Mittel habe. Wir wüssten aber gut genug, dass Kommunikation allein nicht der Weg zum Ziel sei und den Erfolg noch nicht verspreche. Nicht jede denkbare Planung könne mit den Mitteln der Kommunikation an die Bevölkerung gebracht werden. Die Inhalte der drei Phasen seien nicht im Detail bekannt. Über deren Qualität könne man also nicht mutmassen. Die Partizipation der Ortsbevölkerung, so wie sie vorgesehen sei, sei nicht wirklich originell. Foren seien Plattformen für Leute, die sich selber gerne sprechen hörten. Entscheiden würden aber später die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf einer anderen Basis. Über das Weiterfahren in der nächsten Phase entscheide der Gemeinderat allein. Diesen Entscheid etwas breiter abzustützen, wäre nicht unvernünftig, würde den Gemeinderat bei einer allfälligen späteren Abstimmungsniederlage auch etwas entlasten und ihn vor dem Volkszorn schützen. Die forum-Fraktion melde zwar Vorbehalte an, unterstütze aber den Antrag des Gemeinderats.

Christian Spycher erklärt, die SVP-Fraktion unterstütze den Gemeinderat in der Ansicht, dass eine gewisse Betriebsblindheit dazu führen könne, dass man die nötigen Zusammenhänge nicht erkenne. Mit einem Vorausblick auf die Regionalpolitik und die Agglomerationsbedürfnisse könnte dies verbessert werden. Die Gemeinde Muri bei Bern stehe vor der Herausforderung, ihre Entwicklungsfähigkeit zu beweisen. Die SVP erwarte in der Phase 1 von der Mitwirkung und der Kommunikation den nötigen Rückhalt, damit die Bevölkerung die "strategische Ortsplanung" verstehe und sie unterstützen werde. Kommunikation stelle die Herausforderung dar,

eine komplexe Sache einfach und verständlich darzulegen. In den weiteren Phasen Richtplanung und Nutzungsplanung sei unsere Verwaltung in der Lage, diese mehrheitlich selber umzusetzen. Deshalb sage die SVP-Fraktion ja zum Kredit mit der Auflage, dass die weiteren Phasen in Absprache mit dem Parlament zu definieren bzw. zu vergeben seien. Die SVP unterstütze den Antrag auf Bewilligung des Verpflichtungskredites.

Beat Wegmüller führt aus, Planung heisse Ersatz von Zufall durch Irrtum. Die SP-Fraktion wolle in der Ortsplanung weder Zufall noch Irrtum. Deshalb stimme sie dem Kredit von CHF 495'000.00 zu. Der heute gültige Zonenplan und das Baureglement würden aus dem Jahr 1994 stammen und seien somit 20 Jahre alt. Es sei deshalb unbedingt notwendig, dass die Ortsplanung erneut in Angriff genommen werde. Es sei die Rede von der "strategischen Ortsplanung". Bekanntlich sei eine Strategie-Planung nicht einfach und sehr anforderungsreich. Dass man sich diesmal vor allem auf das Innere der Gemeinde Muri konzentriere, scheine der SP richtig zu sein. Aber auch der Privat-, Velo- und Fussgängerverkehr dürfe nicht ausser Acht gelassen werden. Im Weiteren zeige sich einmal mehr, dass die Gemeinde Muri über wenig eigenes Land verfüge. Mit mehr Landbesitz wäre sie auch in der Lage, Umstrukturierungen selber in die Hand zu nehmen und auch hier wäre vielleicht eine neue Strategie notwendig. Die Beteiligung der Bevölkerung an Foren sei sehr wichtig. Es dürfe aber nicht sein, dass Foren zu einer Alibiübung würden, so nach dem Motto: "Eure Anliegen sind uns wichtig, aber wir wissen es trotzdem besser!". Auch der Einbezug des Parlaments müsse wesentlich besser als bei den letzten Ortsplanungen sein und müsse im Vorgehenskonzept erwähnt werden. Die eingesetzten Spezialkommissionen des Parlaments bei den letzten Ortsplanungen hätten eher zur guten Kosmetik beigetragen. Die SP habe nach den abgelehnten Ortsplanungen eine Denkpause und einen echten Neuanfang mit neuen Köpfen und neuen Ideen gefordert. Jetzt sei die Möglichkeit für eine Deblockierung da und eine Gesamtschau mit der strategischen Ortsplanung möglich. Deshalb stimme die SP-Fraktion dem Antrag zu.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Beat Wegmüller noch von Thomas Hanke verlangt.

Beschluss (29 Ja / 1 Nein / 1 Enthaltungen)

Bewilligung eines Verpflichtungskredites "Strategische Ortsplanung" über CHF 495'000.00.

5 Sitzungstermine 2015

Es erfolgen keine Wortmeldungen aus dem Rat.

Beschluss

Die Sitzungen werden wie folgt festgelegt:

Dienstag, 19.30 Uhr

20. Januar	23. Juni
17. Februar	18. August
24. März	15. September
21. April	20. Oktober
19. Mai	17. November

6 Postulat Häusermann (forum) betr. Realisierungsgrad der budgetierten Investitionen

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke führ als gemeinderätlicher Sprecher aus, der Gemeinderat habe letztes Jahr zugesichert, im Zwischenbericht in diesem Jahr darzulegen, wie er das bekannte Delta zwischen der Zielmarke des Realisierungsgrades von 85 % und der realisierten +/- 50 % der letzten Jahre angehen wolle. Der Gemeinderat präsentiere eine fundierte Ausgangslage und skizziere 5 Ansätze, wie die Effizienz der Liegenschaftsverwaltung markant verbessert und weiterverfolgt werde. Der Entscheidungsprozess, wie man weiterfahren wolle, sei noch nicht abgeschlossen, weshalb ein Zwischenbericht vorgelegt werde. Er hoffe namens des Gemeinderats, dass die ersten Ausführungen den Rat optimistisch stimmen würden, dass man auf dem richtigen Weg sei, um die 85 % auch wieder zu erreichen.

Jürg Stettler (forum) bedankt sich für den vorliegenden Zwischenbericht. Er sei umfassend und transparent, trotzdem sei es etwas besorgniserregend, ob man die 85 % wirklich einmal erreichen werde. Er sei diesbezüglich nicht so zuversichtlich wie Thomas Hanke. Auf Seite 10 sei die Rede davon, dass eine Realisierungskapazität der Liegenschaftsverwaltung von momentan CHF 2,5 Mio. bestehe. Wenn man etwa CHF 8 bis CHF 9 Mio. pro Jahr investieren wolle, so habe er schon ein wenig Bedenken, ob die 85 % einmal erreicht werden könnten. Das forum sei der Meinung, dass man die bereits bewilligten Stellenprozente – gemäss Verwaltungsbericht 1,9 – aufstocken sollte und mache beliebt, dies relativ schnell anzugehen. Eine Investitionswelle rolle auf uns zu, hoffentlich werde es kein Tsunami. Es bleibe zu hoffen, dass die vom Gemeinderat aufgezeigten 5 Ansätze eine Verbesserung bringen würden. Das forum schaue dem etwas skeptisch, aber trotzdem zuversichtlich entgegen. Man möchte, dass es nicht längerfristig einen Stau gebe; kurzfristig gelange man sicher nicht zu den 85 %, aber mittelfristig – sprich in 3-4 Jahren – sollte man dort ankommen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zum Postulat Häusermann (forum) betr. Realisierungsgrad der budgetierten Investitionen wird Kenntnis genommen.

7 Interpellation Wegmüller (SP) betr. Verunstaltung (Sprayereien) in der Unterführung Melchenbühl

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Beat Wegmüller (SP) erklärt, von der Beantwortung der Fragen 1 und 3 sei er befriedigt. Frage 2 habe der Gemeinderat nach seiner Ansicht – höflich ausgedrückt – überhaupt nicht beantwortet. Aus dem Geschriebenen interpretiere er, dass man warte, bis sich das Problem von selber löse. Auch mit dem Kanton habe man scheinbar keine Lösung gefunden. Entweder warte man, bis die Farbe von selber abblättere, oder man werde später vielleicht das künstlerische Bild restaurieren. Auch habe man keine Lösung gefunden, um die nach wie vor verunstalteten Schaufenster zu putzen. Es gebe nur zwei Möglichkeiten: Entweder eine Motion einzureichen und den Gemeinderat zu verpflichten, endlich etwas zu unternehmen, oder die Unterführung selber neu zu streichen. Im Melchenbühl sei man zum Teil empört über den Zustand der Unterführung und dass nichts gemacht werde. Der Quartierverein Melchenbühl wäre jedenfalls bereit, die Streicharbeiten der Unterführung zu übernehmen. Er verzichte auf den Antrag einer Diskussion, eine solche würde ohnehin nichts bringen.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

8 Interpellation Fraktion FDP.Die Liberalen/Jungfreisinn: Vereinbarkeit des Amtes eines Gemeinderats mit demjenigen eines Parteipräsidenten

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Beat Schmitter (FDP) bedankt sich beim Gemeinderat für die Auslegeordnung. Er nehme zur Kenntnis, dass zurzeit keine rechtliche Grundlage bestehe, um das Problem anzugehen. Trotzdem sei die FDP der Meinung, dass die bisher von den Parteien freiwillig befolgte Usanz, die beiden Ämter nicht zu kumulieren, sinnvoll und notwendig sei und sie sei irritiert, dass diese nun nicht mehr befolgt werde. Aus Sicht der FDP müsse das Anliegen primär innerhalb des Gemeinderats angegangen werden. Sie behalte sich aber für den Fall, dass keine Lösung erreicht werden könne, vor, zu prüfen, ob man mittelfristig mit einem Vorstoss eine rechtliche Grundlage dafür schaffen wolle.

Raphael Racine (SP) verlangt eine Diskussion.

Beschluss

Mehr als 1/3 der anwesenden Mitglieder stimmen dem Antrag auf Diskussion zu.

Raphael Racine (SP) führt aus, eigentlich habe er zu einer Interpellation gar nichts sagen wollen. Nachdem nun aber die Einreichung einer Motion oder eines Postulats androht worden sei, "jage ihm dies den Nuggi use", was eigentlich Aufgabe seines 10 Monate alten Sohnes wäre. Er finde die Hintergründe und die Hintergedanken der Interpellation ein wenig kleinlich. Wenn die FDP sich im Saal umsehe, stelle sie fest, dass sie mit Abstand die stärkste Partei in diesem Parlament sei. Er wolle nicht gerade von einer "Einparteiendiktatur" sprechen, aber die FDP sei sehr stark. Auch im Gemeinderat stelle sie die absolute Mehrheit, auch dort sei sie sehr stark. Deswegen erachte er es als kleinlich, wenn man nun auf der Opposition herumhacke und ein Mitglied des Gemeinderats persönlich angreife. Wenn die Opposition in Muri-Gümligen schon am Boden sei und man trete noch auf ihr herum, so finde er dies etwas daneben. Noch etwas zum Inhaltlichen: Der Interpellation – und jetzt noch der Androhung eines Vorstosses – entnehme er, dass offenbar diffuse Ängste bestehen

würden, dass Martin Häusermann durch die Doppelfunktion Parteipräsidium / Gemeinderat Insiderinformationen für die eigene Parteiarbeit benutzen könnte. In Analogie zu Martin Humm, der zu Beginn der Sitzung jeweils ein Bibelzitat zitiere, komme er nun auch mit einem solchen. Im Johannes-Evangelium stehe: "Wer unter euch ohne Sünde ist, werfe den 1. Stein". Er möchte ja nicht wissen, wie viele informelle Informationen bei einer FDP-Mehrheit im Gemeinderat zum Teil bei einem kühlen Bier im Mattenhof über den Tisch gingen. Und noch zur rechtlichen Situation: Die FDP könne den Vorstoss einreichen; er wäre ein völliger Papiertiger und verursache Administration. Wäre einmal seine eigene Partei betroffen, so könnte man einfach eine neue Funktion daraus machen; es wäre dann nicht der Parteipräsident, sondern vielleicht der 1. Generalsekretär oder der Vorsitzende. Er vermute, dass ein derartiger Vorstoss persönliche Hintergründe habe. Es sei schon etwas auffällig, dass gerade bei Martin Häusermann – den er als manchmal etwas unbequemen Parlamentarier kennen gelernt habe – im Zeitpunkt, als er in den Gemeinderat übergetreten sei, eine persönliche Attacke gegen ihn erfolge. Deshalb an die Adresse der FDP für die Zukunft und für das "Fairplay": Derartige Vorstösse seien wirklich sehr persönlich und er sei der Meinung, die FDP sei doch eine Partei, welche eigentlich Sachpolitik betreibe und nicht persönlich auf einen Mann schiessen sollte.

Walter Thut (forum) erklärt, er habe ein Votum des forums zu dieser Sache vorbereitet. Er wolle dieses jedoch eigentlich nicht unter dem Titel "Diskussion" abgeben, sondern am Schluss.

Ruth Raaflaub (FDP) führt aus, sie könne die Ausführungen von Raphael Racine nicht so stehen lassen. Sie empfinde diese als absoluten Angriff gegen die FDP und unter der Gürtellinie. Raphael Racine sei noch nicht so lange Mitglied des GGR und wisse nicht genau, wie man sich gegenüber den anderen verhalte. Sie finde dies absolut daneben. Die FDP habe nicht einen Angriff gegen Martin Häusermann lanciert, sondern ganz klar festgehalten – und dies sei auch ihre persönliche Meinung –, dass der Gemeinderat unter dem Kollegialprinzip arbeite. Jeder habe in seiner Fraktion eine Meinung und wenn einer noch Parteipräsident sei, habe er vielleicht noch einmal eine andere Meinung, die er in die Fraktion einbringen wolle. Also müsse ihr doch Raphael Racine nicht sagen, dass es dasselbe sei, wenn jemand im GR und gleichzeitig Parteipräsident sei. Sie habe nichts gegen Martin Häusermann persönlich und komme sehr gut mit ihm aus. Sie habe auch das Gefühl, dass sie einen relativ grossen Konsens unter den Parteien habe. Was aber Raphael Racine nun ausgeführt habe, finde sie schlicht daneben und die FDP müsse sich dies nicht bieten lassen. Die FDP gebe sich Mühe, nicht einfach gegen die Oppositionsparteien zu schiessen. Sie sage nicht in jeder Fraktionssitzung: "Wir sind einfach die Grössten" oder "Wir wollen alles durchziehen". Sie arbeite seriös, genau deswegen, weil sie nicht grosskotzig und vom hohen Ross herunter sagen wolle: "Wir sind die Stärksten und ihr habt nichts zu sagen".

Andrea Corti (FDP) erklärt, wenn heute Abend mit Steinen geschossen worden sei, so habe dies Raphael Racine getan.

Peter Kneubühler (FDP) führt aus, zu 99 % seien Exekutivmitglieder nicht Parteipräsidentin oder Parteipräsident. Barbara Künzi sei Parteipräsidentin gewesen und habe das Amt abgegeben, als sie Mitglied des Gemeinderats geworden sei. Daniela Pedinelli habe das Parteipräsidium ebenfalls abgegeben. Es gehe einfach schlicht nicht zusammen. Eine Parteipräsidentin oder ein Parteipräsident habe eine ganz andere Funktion und ganz andere Aufgaben, als ein Gemeinderatsmitglied. Die beiden Funktionen seien nicht vereinbar. Er hätte so etwas auf Ebene Bund oder auf Ebene Kanton auch noch nie gesehen oder gehört und es gebe ganz klare Gründe dafür, dass man dies nicht mache. Man müsse dies trennen, dann liege eine saubere Sache vor. Martin Häusermann habe das Parteipräsidium übernommen, im Wissen

darum, dass er in den Gemeinderat komme oder er sei schon im Gemeinderat gewesen. Er finde dies nicht gut, man sollte eine klare Trennung vornehmen.

Markus Bärtschi (SVP) erklärt, er möchte eine Lanze brechen für Raphael Racine. Er habe das Gefühl, dass wenn das Foul heute begangen worden sei, dann mit der Aussage: "Du bist noch nicht so lange dabei"; so quasi "jung und folglich dumm". Für ihn sei die entscheidende Stelle in der Antwort eigentlich die, wo es heisse, es gebe keine Regelung. Er verstehe nicht, wie man nachher so eine "Pfui-pfui-Stellungnahme" anschliessen könne. Entweder es gebe eine Regelung und dann könne man sagen, es sei gegen diese verstossen worden oder nicht. Wenn man aber feststelle, dass es keine Regelung gebe, so sei dies eigentlich "end of story". Er bezweifle auch sehr, dass es eine schlaue Regelung geben würde. Eine ganz andere Frage sei, ob dies geschickt sei, ob er dies ebenfalls machen würde und ob er dies schlaue für seine Partei finden würde. Solange keine Grundlage vorhanden sei, könne man aber nicht mit dem Finger auf andere zeigen. Man werde noch ganz andere Personalengpässe bekommen. Man könne sich auch fragen, was überhaupt eine Partei sei, ob es Parteien brauche, damit wir unser politisches Leben aufrecht erhalten könnten. Die FDP müsse verstehen, dass bei solchen, die nicht so gross wie sie seien, gewisse Abwehrreaktionen oder Zukunftsängste ausgelöst würden. Alle Ämter zu besetzen, die der Gemeinde laufend geliefert würden, stelle die Parteien vor grosse Herausforderungen – das Parteipräsidium sei nur ein kleiner Teil davon – und werde immer mehr zum Thema werden. Alle würden Probleme bekommen, wenn sie dies nicht mehr schaffen würden. Der ganze Betrieb lebe davon, dass die Parteien, so wie sie jetzt verstanden würden, immer wieder die Leute ausgraben und nominieren würden. Er plädiere in diesem Sinn für etwas Entspannung. Allein aus dem Parteipräsidium – man könne auch der Katze Büsi sagen – heraus sehe er nicht irgendeine Insidergefahr, die sonst nicht bestehen würde. Selber machen würde er es auch nicht und für seine Partei würde er es blöd finden, er verstehe das Bauchgefühl. Solange aber keine Regelung bestehe und solange die FDP keine schlaue Regelung vorschlage, über die man diskutieren könne, würde er nicht kommen und sagen, es sei zwar nicht verboten, aber "pfui pfui pfui".

Walter Thut (forum) führt aus, die forum-Fraktion habe ein gewisses Verständnis für die Feststellung der Interpellantinnen und Interpellanten, gleichzeitig aber auch wieder nicht. Die Funktion des Parteipräsidenten des forums sei nicht von besonderer Bedeutung, es sei vielmehr die Persönlichkeit der Angehörigen der kleinen Fraktion, die von Gewicht sei. Wenn Gemeinderat Martin Häusermann Einfluss auf die Politik und die Meinungen des forums nehmen wollte, könnte er dies auch tun, ohne Parteipräsident zu sein. Das forum habe vor ein paar Monaten den Verein und die Organe wiederbeleben wollen und sei der Meinung gewesen, Martin Häusermann mit seiner langen Erfahrung sei der richtige Mann für das Amt des Präsidiums. Dass diese Ernennung atmosphärische Störungen provozieren würde – heute Abend sei ihm zwar vorgekommen, als sei es etwas mehr –, habe man sich nicht vorgestellt und nicht beabsichtigt. Aber mehr als atmosphärische Störungen seien es ja auch nicht. Dies zeige auch die Antwort des Gemeinderats, der keine Rechtsgrundlage nennen könne; die Vereinbarkeit der beiden Ämter scheine also möglich zu sein. Das forum nehme das Missfallen der FDP/jf-Fraktion trotzdem ernst und werde sich in nächster Zeit Gedanken über die Besetzung des Präsidentenamtes machen.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

9 Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

Theater Matte

Patricia Gubler informiert, die Gemeinde habe bekanntlich zwei Vorstellungen im Theater Matte eingekauft. Diese würden am Donnerstag und Freitag der laufenden Woche stattfinden. Es seien noch Billette verfügbar. Diese könnten bei Regula Scheurer im Schulsekretariat bezogen werden.

Fahrende

Thomas Hanke erklärt, er habe bezüglich Fahrende zwei Mitteilungen:

1. Froumholz

Man habe feststellen können, dass keine Fahrende ins Froumholz gekommen seien. Nicht weil diese nicht hätten kommen wollen, sondern weil da Probleme mit der Erschliessung aufgetreten seien. Verschiedene Abteilungen bei der Kantonsverwaltung würden sich gegenseitig etwas widersprechen bezüglich der rechtlichen Situation punkto Erschliessung. Die Erschliessung sei noch nicht sichergestellt und die Klärung der diesbezüglichen Fragen liege beim Kanton. Es sei davon auszugehen, dass bis nächstes Jahr nichts gehe. Nichtsdestotrotz sei es die Absicht des Gemeinderats, das jetzt noch als "Winterstandplatz für Fahrende" bezeichnete Terrain mittels Volksabstimmung in ein Definitivum zu überführen.

2. Parkplatz Schützenhaus

Wie in früheren Jahren habe der Gemeinderat einer Familie von Schweizer Fahrenden grünes Licht gegeben, in der Zeit von Ende Oktober 2014 bis Ende März 2015 mit zwei Wohnwagen und einem Kinderwohnwagen auf dem Parkplatz des Schützenhauses den Winter zu verbringen. Eine entsprechende Anfrage sei bewilligt worden.

Initiative "Aktiv gegen Fluglärm"

Thomas Hanke orientiert, als die Initianten die Initiative zur formellen Vorprüfung eingereicht hätten, habe der Gemeinderat gewisse Bedenken juristischer Art wegen Zuständigkeitsfragen gehabt. Man habe dem Initiativkomitee beliebt gemacht, die materielle Vorprüfung vor Beginn der Unterschriftensammlung durchzuführen. Das Angebot sei abgelehnt worden. Die Unterschriftensammlung habe am 15. März 2014 begonnen und am 4. September 2014 sei die Initiative mit 1'051 gültigen Unterschriften eingereicht worden. Im Anschluss daran sei die Vorprüfung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) erfolgt. Das AGR halte in seinem Bericht vom 19. September 2014 fest: "*Die Initiative betrifft einen unzulässigen Gegenstand, da sie in den ausschliesslichen Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates eingreift. Das AGR erachtet die Initiative deshalb als ungültig.*" Im Rahmen einer Anhörung gemäss Art. 28 Gemeindeordnung sei einer Delegation des Initiativkomitees am 15. Oktober 2014 der Vorprüfungsbericht des AGR ausgehändigt und eine 30-tägige Frist zur Stellungnahme eingeräumt worden. Nach Eingang dieser Stellungnahme werde der Gemeinderat über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Initiative entscheiden.

10 Neue parlamentarische Vorstösse

Es werden keine neuen parlamentarischen Vorstösse eingereicht.

Mitteilungen

Ballsporthalle

Der Vorsitzende orientiert, bekanntlich habe das Stimmvolk die Ballsporthalle in der September-Abstimmung mit knapp 53 % angenommen. Beim Regierungstatthalter sei eine Stimmrechtsbeschwerde gegen die Abstimmungsunterlagen erhoben worden. Diese Abstimmungsunterlagen habe das Büro GGR gemäss Entwurf von Herrn Mävers zusammengestellt. Der Beschwerde sei die aufschiebende Wirkung entzogen worden, so dass die Abstimmung planmässig durchgeführt werden können. Der Regierungstatthalter sei zurzeit daran, die Beschwerde formell und materiell zu beurteilen. Es stelle sich u.a. die formelle Frage, ob die Beschwerde rechtzeitig eingereicht worden sei.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Martin Humm

Anni Koch